

**An die
Mitglieder
des Ausschusses für Umwelt, Verbrau-
cherschutz, Grünflächen und Forsten**

**Fachbereich Bürgerservice,
Sicherheit, Verkehr, Umwelt**

Bereich Umwelt

Bei der Ratsmühle 17A

Auskunft erteilt

Frau Rietschel, Zimmer 203

Telefon

309 – 3198

Telefax

309 – 3448

Email

ulrike.rietschel@stadt.lueneburg.de

Mein Zeichen

Datum

08.12.2017

PROTOKOLL

Anliegend erhalten Sie das Protokoll zur nachstehenden Sitzung:

<p>▼ Gremium</p> <p>Ausschuss für Umwelt, Verbraucherschutz, Grünflächen und Forsten</p>	<p>▼ Sitzung vom:</p> <p>06.12.2017</p>
<p>▼ Sitzungsort</p> <p>Huldigungssaal, Rathaus</p>	<p>▼ Tatsächliche Sitzungsdauer</p> <p>16:00 – 18:10 Uhr</p>

Den Öffentlichkeitsstatus der Sitzung entnehmen Sie bitte der beigefügten Tagesordnung.

Vorsitzende

Dezernentin

Dezernent

Protokollführerin

Kula

Gundermann

Moßmann

Rietschel

ANWESENHEITSLISTE

Frau Dr. des. Gülbeyaz Kula

Herr Martin Dingeldey

Herr Christian-Tobias Gerlach

Herr Ralf Gros

Herr Rainer Mencke

Herr Stefan Minks

Herr Rainer Petroll

Herr Frank Soldan

Frau Dr. Monika von Haaren

Herr Friedrich von Mansberg

Frau Franziska Hapke

Herr Thomas Mitschke

Herr Joachim Roemer

Herr Ulrich Mädge Oberbürgermeister

Frau Heike Gundermann Stadtbaurätin

Herr Markus Moßmann Stadtrat

TAGESORDNUNG:

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragen**
- 2 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 3 Feststellung der Tagesordnung**
- 4 Genehmigung des Protokolls vom 20.09.2017**
- 5 Bericht der Sparkassenstiftung über Förderaktivitäten im Jahr 2016
Vorlage: VO/7565/17**
- 6 Aufgabenspektrum des Bereiches Umwelt
Vorlage: VO/7566/17**
- 7 Haushaltsplanentwurf 2018 für Bereich Umwelt
Vorlage: VO/7432/17**
- 8 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil**
- 9 Anfragen im öffentlichen Teil**

PROTOKOLL:

Öffentlicher Teil

zu 1 Einwohnerfragen

Beratungsinhalt:

Einwohnerfragen liegen nicht vor.

zu 2 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Beratungsinhalt:

Frau Dr. des. Kula begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie die Gäste. Sie stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Beratungsinhalt:

Stadtrat Moßmann weist darauf hin, dass irrtümlich eine Tagesordnung für diese Sitzung im Ratsinformationssystem sichtbar war, die eine Vorlage VO/7477/17 zum TOP „Lärmaktionsplanung für die Hansestadt Lüneburg“ enthielt. In der Tagesordnung, die den Ausschussmitgliedern per Post zugesandt wurde, war dieser TOP nicht mehr enthalten. Hintergrund ist, dass die Verwaltung mündlich unter TOP 8 dazu vortragen wird. Auf Anregung von **Ratsfrau Dr. von Haaren** wird die gültige Tagesordnung daher den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird festgestellt.

zu 4 **Genehmigung des Protokolls vom 20.09.2017**

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 20.09.2017 wird mehrheitlich bei zwei Enthaltungen durch **Ratsfrau Bendorf** und **Beigeordnete Schellmann** genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: -
Enthaltungen: 2

zu 5 **Bericht der Sparkassenstiftung über Förderaktivitäten im Jahr 2016** **Vorlage: VO/7565/17**

Beratungsinhalt:

Ratsfrau Dr. des. Kula begrüßt Herrn Junge von der Sparkassenstiftung Lüneburg und führt aus, dass Herr Junge zu den umfangreichen Förderaktivitäten der Sparkassenstiftung im Natur- und Umweltschutz im Jahr 2016 vorträgt.

Herr Junge führt aus, dass die Sparkassenstiftung als rechtsfähige Stiftung des privaten Rechts im Jahre 2011 gegründet wurde. Nach ihrer Satzung sei sie verpflichtet, regelmäßig in den politischen Gremien von Hansestadt und Landkreis Lüneburg über ihre Aktivitäten des Vorjahres zu berichten. Herr Junge trägt über die Förderaktivitäten in der Sparte Natur- und Umweltschutz sowie Nachhaltigkeit des Jahres 2016 vor.

Die Präsentation ist als **Anlage** beigefügt.

Auf die Frage von **Ratsfrau Dr. von Haaren**, ob denn bei der institutionellen Förderung davon auszugehen ist, dass diese auch verlässlich ist, antwortet Herr Junge, dass eine Verlässlichkeit unbedingt erforderlich sei und seitens der Sparkassenstiftung darauf geachtet werde. Er fordert die Ausschussmitglieder ausdrücklich auf, die Förderung durch die Sparkassenstiftung zu nutzen und Anträge für neue Förderprojekte zu stellen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Verbraucherschutz, Grünflächen und Forsten nimmt den Vortrag zur Kenntnis.

zu 6 **Aufgabenspektrum des Bereiches Umwelt** **Vorlage: VO/7566/17**

Beratungsinhalt:

Herr Schulz trägt zum Aufgabenspektrum des Bereiches Umwelt vor.

Die Präsentation ist als **Anlage** beigelegt.

Ratsherr Petroll fragt nach, ob denn die Hansestadt Einfluss nehmen konnte, als das Land die Luftmessstation im Hafen eingerichtet habe und möchte wissen, ob denn auf Wunsch der Hansestadt auch eine Messstation in der Schießgrabenstraße errichtet werden könnte.

Herr Schulz erklärt, dass das Land die Messstation im Hafen als Hintergrundmessstation errichtet habe und dass die Hansestadt hierauf keinen Einfluss nehmen konnte. Die Errichtung einer eigenen Messstation in der Schießgrabenstraße wäre denkbar, wenn dafür die Mittel zur Verfügung gestellt würden.

Auf die weitere Frage des **Ratsherrn Petroll** zur Grundwasserentnahme der Firma Coca-Cola auf dem Gebiet der Gemeinde Vögelsen verweist **Stadtrat Moßmann** auf die Zuständigkeit des Landkreises Lüneburg. Zum Vergleich erläutert **Herr Schulz** kurz den chronologischen Ablauf des wasserrechtlichen Verfahrens zur Grundwasserentnahme durch Coca-Cola im Stadtgebiet.

Auf die Frage von **Ratsherrn Gros**, ob denn die verschiedenen Arbeitsvorgänge auch zahlenmäßig beziffert werden könnten, antwortet **Herr Schulz**, dass dies schwierig sei, da jeder Einzelfall mit unterschiedlichem Arbeitsaufwand bearbeitet werde. Denkbar wäre es, bei den Grundwasserentnahmen Fallzahlen zu nennen. **Stadtrat Moßmann** ergänzt, dass die Verwaltung immer häufiger mit Dienstaufsichtsbeschwerden im Schornsteinfegerwesen von einem Bürger aus der Samtgemeinde Bardowick konfrontiert werde. Mit der Bearbeitung dieser Beschwerden sei die Verwaltung auf allen Verwaltungsebenen zeitlich sehr in Anspruch genommen. Bei der Darstellung in Fallzahlen könnte dieser Aufwand nicht realistisch abgebildet werden.

Beigeordnete Schellmann sieht ein zunehmendes Problem bei den Lichtemissionen und fragt nach, ob denn Landschaftsschutzgebiete auch vor Lichtemissionen geschützt werden. **Herr Schulz** erklärt, dass der Bereich Umwelt bei Lichtemissionen lediglich reaktiv tätig werde.

Herr Mitschke hält das Aufgabenspektrum des Bereiches Umwelt für beeindruckend und stellt die Frage, ob denn – ähnlich wie beim Landkreis Lüneburg – ein chronischer Personalmangel bestünde. **Herr Schulz** antwortet, dass er sehr froh sei, dass er eine neue Ingenieurin seit 01.12.2017 für den Gewässerschutz/die Gewässerunterhaltung einstellen konnte. **Stadtrat Moßmann** bestätigt, dass der Arbeitsumfang immer mehr werde. Durch mehr Baugenehmigungen würden auch mehr Stellungnahmen des Bereiches Umwelt ausgelöst und mehr Genehmigungen für Grundstücksentwässerungsanlagen. Er verweist in diesem Zusammenhang an die Darstellung der Personalsituation im Personalausschuss durch Herrn Mildner. Fallzahlen seien, wie Herr Schulz schon dargestellt habe, nicht aussagekräftig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Verbraucherschutz, Grünflächen und Forsten nimmt den Vortrag zur Kenntnis.

zu 7 Haushaltsplanentwurf 2018 für Bereich Umwelt Vorlage: VO/7432/17

Beratungsinhalt:

Herr Schulz trägt zum Haushaltsplanentwurf 2018 des Bereiches Umwelt vor.

Die Präsentation ist als **Anlage 1** beigelegt.

Im Anschluss beantwortet er Fragen der Ausschussmitglieder.

Ratsfrau von Haaren möchte wissen, wie sich die Erträge des Produktes 122001 – Umweltbehördli-

che Ordnungsangelegenheiten – nach dem heutigen Stand entwickelt haben. Das könne man den Unterlagen nicht entnehmen. **Stadtrat Moßmann** sagt zu, eine Auswertung dazu dem Protokoll dieser Sitzung beizufügen.

Diese Auswertung ist als **Anlage 2** beigefügt.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Haushaltsplanentwurf 2018 des Bereiches Umwelt mit dem Teilfinanzplan 31000 und dem Teilergebnisplan 31000 zur Kenntnis.

zu 8 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil

Beratungsinhalt:

Herr Schulz trägt zum Sachstand des Lärmaktionsplans vor. Er erläutert, dass das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz ansich bis zum 01.07.2016 die 3. Stufe der Lärmkartierung hätte ins Netz stellen sollen. Dieser Termin konnte aber nicht eingehalten werden, da zunächst Verkehrszahlen aus dem Bundesamt für Straßenwesen (BASt) mit Sitz in Bergisch-Gladbach zur Verfügung gestellt werden müssen. Wann damit zu rechnen ist und das Land die 3. Stufe der Lärmkartierung digital zur Verfügung stellen kann, ist zur Zeit noch nicht abzusehen. Fest steht, dass die Hansestadt zu den Kommunen zählt, die verpflichtet sind, einen Lärmaktionsplan auf der Grundlage der 3. Stufe der Lärmkartierung zu erstellen. Vorbereitungen dazu laufen soweit möglich. Innerhalb einer Frist von zwölf Monaten nach Bereitstellung der Lärmkartierung muss der Rat den Lärmaktionsplan für die Hansestadt beschließen. Der Zeitplan für den Lärmaktionsplan ist als **Anlage** beigefügt.

zu 9 Anfragen im öffentlichen Teil

Beratungsinhalt:

Ratsfrau Dr. von Haaren erinnert an die Ausschusssitzung am 20.09.2017, in der beschlossen wurde, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Verwaltung zu bilden, um ein Konzept für die Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichtes zu erarbeiten. Sie fragt nach dem Sachstand. **Stadtrat Moßmann** erklärt, dass er die Fraktionsvorsitzenden anschreiben und einen Mitarbeiter der Verwaltung benennen wird, der aus der Verwaltung Input in die Arbeitsgruppe geben wird. Dabei gilt als Orientierungsmaßstab die aktuelle Datenerhebung der Bertelsmann-Stiftung und Datenerhebungen, die es in Niedersachsen bereits gibt. Auf dieser Grundlage kann dann die interfraktionelle Arbeit beginnen unter dem Leitsatz „Was wollen wir denn in der Hansestadt?“ Die Fraktionen müssen sich darauf verständigen, was sie für Lüneburg erreichen wollen und dies als Zielmarke der Verwaltung an die Hand geben. Der Startschuss kommt mit der Einladung Anfang 2018. Die Arbeitsgruppe setzt sich dann zusammen aus einem Mitarbeiter der Verwaltung und jeweils einem Vertreter aus jeder Fraktion.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

